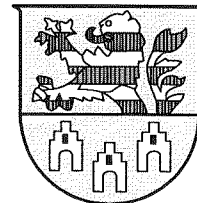


# Hessischer Städte- und Gemeindebund e.V.

## Verband der kreisangehörigen Städte und Gemeinden

### Der Geschäftsführer



Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Hessisches Ministerium  
des Innern und für Sport  
Friedrich-Ebert-Allee 12  
65185 Wiesbaden

Dezernat 1

Referent(in) Frau Wagner  
Unser Zeichen

Telefon 06108/6001-0

Telefax 06108/600157

E-Mail: [hsgeb@hsgeb.de](mailto:hsgeb@hsgeb.de)

Durchwahl 6001 - 44

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datum 07.06.2017

### **Gesetzgeberische Intention der Verschonungsregelung in § 11 Abs. 6 S. 1 HessKAG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit der Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträgen in Hessen ist aus unserem Mitgliederbereich die Frage aufgetaucht, wie die gesetzliche Regelung in § 11 a Abs. 6 S. 1 HessKAG „... oder Kosten der erstmaligen Herstellung aufgrund von Verträgen zu leisten sind oder geleistet wurden“ auszulegen ist.

Diese Auslegung hat erhebliche Auswirkungen auf die Kalkulation des wiederkehrenden Straßenbeitrages und die Höhe der Heranziehung der einzelnen Grundstückseigentümer.

Henri-Dunant-Straße 13 • 63165 Mühlheim am Main  
Bankverbindung: Sparkasse Langen-Seligenstadt • Konto-Nr. 80 500 31 (BLZ 506 521 24)  
IBAN: DE66506521240008050031 • BIC: HELADEF1SLS  
Steuernummer: 035 224 14038

Präsident: Harald Semler • Erster Vizepräsident: Dr. Thomas Stöhr • Vizepräsident: Karl-Heinz Schäfer  
Geschäftsführer: Karl-Christian Schelzke • Stv. Geschäftsführer: Diedrich Backhaus



Insoweit stellt sich die Frage, ob bei den wiederkehrenden Straßenbeiträgen die Verschonungsregelung auch auf Grundstücke anzuwenden ist, die ein privater Erschließungsträger als voll erschlossen verkauft und die Erschließungskosten in die Kaufverträge eingerechnet hat, ohne diese explizit auszuweisen. Eine solche Ausweisung dürfte auch schwierig sein, da bei einem echten Erschließungsvertrag ja gerade kein Beitrag und keine Ablöse gezahlt wird. Vom reinen Gesetzeswortlaut her würden Erschließungsverträge daher nicht unter diese Regelung fallen, da keine Kosten geleistet, sondern „nur“ die Herstellung ohne Kostenerstattung erbracht wurde. Vom Sinn und Zweck der Regelung könnte man andererseits argumentieren, dass die Kosten zwar nicht an die Gemeinde geleistet, aber dieser erspart wurden und anderenfalls die Grundstückseigentümer letztlich doch doppelt belastet würden.

Ob der Gesetzgeber mit der Regelung in § 11 a Abs. 6 S. 1 HessKAG die Verschonungsregelung auch auf (echte) Erschließungsverträge ausdehnen wollte, läßt sich der Begründung der Drucksache 18/5453 nicht entnehmen.

Da es sich in Hessen bei der Verschonungsregelung um eine zwingende Vorschrift handelt, wären wir für Ihre diesbezügliche Einschätzung dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

  
Karl-Christian Schelzke  
Geschäftsführender Direktor